

Erneuerbare Energien sind billig? Reuters recycelt den Mythos.

geschrieben von Andreas Demmig | 6. August 2026

WUWT, übernommen von **MasterResource** , Lisa Linowes

Die Warnung von Reuters, dass die Abschaffung von Subventionen für Wind- und Solarenergie zu steigenden Strompreisen führen wird, ist die neueste Variante eines altbekannten Arguments. Lisa Linowes (WindAction) stellte dieses Argument bereits früher infrage; 2012 Windenergie ohne Produktionssteuergutschrift und 2014 AWEA nutzt Preisverzerrungen, um die Produktionssteuergutschrift zu retten . Das Argument wurde damals zur Verteidigung der Produktionssteuergutschrift herangezogen. Mehr als ein Jahrzehnt später verteidigt Reuters erneut das Unhaltbare.

*„Wind- und Solarentwickler wollen natürlich, dass die Öffentlichkeit **die Nennleistung** in Megawatt mit zuverlässiger Versorgung, subventionierte Angebote mit den Gesamtkosten und einen schnellen Ausbau mit technischer Notwendigkeit gleichsetzt. Sie verkaufen Projekte. Reuters sollte anders vorgehen. Die Presse sollte die Behauptungen der Industrie hinterfragen, anstatt sie als wirtschaftliche Selbstverständlichkeit darzustellen.“*

Erneut nutzt ein großes Medienunternehmen seine Medienpräsenz, um die Werbebotschaft der Erneuerbare-Energien-Branche zu verbreiten. In seinem Artikel „ Die Abschaffung von Subventionen für Wind- und Solarenergie wird den Strom in den USA verteuern “ argumentiert Gavin Maguire , Kolumnist für die globale Energiewende bei Reuters, dass die schrittweise Abschaffung staatlicher Steuervergünstigungen für Wind- und Solarenergie die Preise erhöhen, die Versorgungssicherheit beeinträchtigen und die USA daran hindern wird, die steigende Nachfrage zu decken. Die Prämisse ist simpel: Amerika braucht mehr Strom; Wind- und Solarenergie machen einen Großteil der aktuell neu installierten Nennleistung aus; daher muss eine Verlangsamung ihres Ausbaus zwangsläufig zu Stromknappheit und -kosten führen.

Diese Schlussfolgerung wird propagiert, nicht bewiesen. Der Artikel behandelt die Nennleistung als verlässliche Versorgungssicherheit, stark subventionierte Preise als Beleg für niedrige Kosten, staatliche Steuervergünstigungen für erneuerbare Energien als vergleichbar mit bescheidenen Förderungen für Batterien so, als würden diese Strom erzeugen. Das sind keine geringfügigen Fehler. Sie bilden die Grundlage der Argumentation.

Nennleistung vs. Zuverlässige, abrufbare Stromlieferung

Eine Megawatt Solarstromanlage entspricht nicht einem Megawatt, das

bedarfsgerecht von einem Kraftwerk abrufbar ist. Die Solarstromproduktion nimmt im Laufe des Tages ab und fällt nachts ganz aus. Windkraft richtet sich nach dem Wetter, nicht nach dem Bedarf des Systems. Ein Windpark kann zwar jährlich beträchtliche Mengen an Energie erzeugen – bei genügend aufgestellten Windspargeln – liefert aber während einer windarmen Hitzewelle, eines Kälteeinbruchs, zur Abdeckung der abendlichen Spitzenlast oder eines regionalen Notfalls nur wenig. Das macht Wind- und Solarenergie [möglicherweise?] nicht nutzlos. Es bedeutet lediglich, dass ihre Nennleistung nicht als verlässliche Kapazität angesehen werden kann.

Reuters geht jedoch so mit den Begriffen Kapazität, Erzeugung, Versorgung und Leistung um, als wären sie austauschbar. Das Magazin nennt hohe Zahlen geplanter erneuerbarer Energien in Megawatt und geht davon aus, dass diese die Versorgungssicherheit erhöhen werden. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wie viele Windkraftanlagen oder Solarmodule die Entwickler installieren. Entscheidend ist, wie viel *zuverlässigen Strom das System in den Zeiten mit der größten Stromknappheit liefern kann*. Maguire von Reuters stellt diese Frage nie.

Subventionierte Preise verschleiern die wahren Kosten

Der Reuters-Artikel stellt Wind- und Solarenergie auch deshalb als kostengünstig dar, weil sie zu sehr niedrigen Preisen auf den Großhandelsmärkten bieten können. Ein niedriges Gebot entspricht jedoch nicht den gesamten Stromkosten.

Wind- und Solarenergie werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene erheblich subventioniert. Die bundesstaatliche Investitionssteuergutschrift (seit 1978 14 Mal verlängert) wird gewährt, sobald ein förderfähiges Projekt in Betrieb genommen wird, während die bundesstaatliche Produktionssteuergutschrift (seit 1992 12 Mal verlängert) erst nach Beginn der Stromerzeugung gewährt wird. In beiden Fällen tragen die Steuerzahler einen erheblichen Teil der Projektkosten, wodurch sich die Projekte lohnen und die Projektentwickler Strom zu Preisen verkaufen können, die einen Großteil der bereits von den Steuerzahlern getragenen Kosten ausblenden. Was als günstiger Strom beworben wird, ist in Wirklichkeit stark subventioniert.

Die Behauptung, „jede Energiebranche werde subventioniert“, ist ebenso irreführend. Die Produktionssteuergutschrift (PTC) für Windenergie ist eine unbegrenzte Produktionssubvention: Förderfähige Projekte erhalten eine staatliche Gutschrift für jede produzierte Kilowattstunde während ihres zehnjährigen Förderzeitraums. Jedes neue förderfähige Projekt generiert einen weiteren zehnjährigen Gutschriftsstrom.

Laut der US-Energiebehörde (EIA) beliefen sich die Steuersubventionen für erneuerbare Energien zwischen den Haushaltsjahren 2016 und 2022 auf insgesamt 83,8 Milliarden US-Dollar, verglichen mit 9,3 Milliarden US-

Dollar für Öl und Gas und 15,3 Milliarden US-Dollar für Kohle. Im Jahr 2022 erhielten erneuerbare Energien mit 15,6 Milliarden US-Dollar fast fünfmal so hohe Steuergutschriften wie Öl, Gas und Kohle, mit 3,2 Milliarden US-Dollar.

Selbst nachdem der Kongress im vergangenen Jahr die Beendigung dieser Subventionen für neue Wind- und Solarprojekte debattiert hat, schätzt das Finanzministerium, dass die Investitions- und Produktionssteuergutschriften (ITC und PTC) in den Haushaltsjahren 2026–2035 die Steuereinnahmen um 156,4 Milliarden US-Dollar reduzieren werden, während die neueren Gutschriften für die Produktion und Investitionen in saubere Elektrizität weitere 73,1 Milliarden US-Dollar betragen – insgesamt also rund 229,5 Milliarden US-Dollar. Obwohl die neueren Gutschriften nominell technologieneutral sind, dominieren Wind- und Solarenergie die Projektpipeline und werden voraussichtlich den größten Teil der Vorteile erhalten. Ohne diese Förderungen gäbe es die Wind- und Solarbranche in ihrer heutigen Form nicht.

Bundessubventionen sind nur ein Aspekt. Staatliche Maßnahmen verursachen zusätzliche Kosten durch Vorgaben für erneuerbare Energien, Zertifikate für erneuerbare Energien, überhöhte Verträge, Net-Metering-Programme, den Ausbau des Übertragungsnetzes und andere Mechanismen. Allein in Massachusetts kosten diese staatlich vorgeschriebenen Klima- und Energieprogramme die Stromkunden jährlich über 4 Milliarden US-Dollar. Viele dieser Kosten werden über Netzgebühren, Zuschläge für politische Maßnahmen und andere Bestandteile der Stromrechnung erhoben, anstatt direkt über die Stromlieferung, was sie für Kunden schwer nachvollziehbar macht.

Die Verlagerung der Kosten in den Bundeshaushalt und auf weniger sichtbare Teile der Stromrechnungen beseitigt sie nicht. Sie werden lediglich verteilt und verschleiert. Ein niedriger Vertrags- oder Großhandelspreis beweist daher nicht, dass Wind- oder Solarenergie günstig ist. Er spiegelt lediglich den Kostenanteil wider, der im beworbenen Preis verbleibt, nachdem Steuerzahler und Stromkunden den Rest anderweitig getragen haben.

„Jeder erhält Subventionen“ ist qualitativ richtig, quantitativ jedoch nicht. Das Argument vernachlässigt zudem, dass die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen seit Jahrzehnten stark reguliert wird, wodurch ihre Nettosubventionen möglicherweise negativ ausfallen. In jedem Fall spricht der unverhältnismäßige Nutzen von Wind- und Solarenergie für die Abschaffung aller expliziten Subventionen für alle Energien und deren Technologien.

Eine konstruierte Wahl

Der Artikel ordnet Batterien zusammen mit Wind- und Solarenergie als Ressourcen zur Schließung der Stromlücke ein. Batterien erzeugen jedoch keinen Strom. Sie speichern anderweitig erzeugten Strom, haben eine

begrenzte Laufzeit, erzeugen Verluste beim Laden und Entladen und müssen immer wieder aufgeladen werden. Eine 500-Megawatt-Batterie mit einer Laufzeit von vier Stunden ist nicht mit einem 500-Megawatt-Generator vergleichbar, der tagelang laufen kann.

Maguire von Reuters fragt daraufhin: „Wenn nicht erneuerbare Energien, was dann?“ und verwirft rasch alle Alternativen: Gas stößt aufgrund von Gaskraftwerk-Mangel an seine Grenzen, der Bau von Kernkraftwerken dauert zu lange, Wasserkraft hat nur begrenztes Ausbaupotenzial und Geothermie ist nur in geringem Umfang vorhanden. Nachdem die Alternativen aussortiert wurden, präsentiert der Artikel Windkraft, Solarenergie und Batteriespeicher als einzig praktikable Lösung – eine konstruierte Wahl.

Gibt es jemals den richtigen Zeitpunkt?

Reuters beharrt darauf, dass jetzt der falsche Zeitpunkt sei, die Subventionen für Wind- und Solarenergie zu beenden. Doch die Begründung für diese Subventionen ändert sich mit den Umständen. Während über ein Jahrzehnt lang die Stromnachfrage stagnierte, argumentierten Befürworter erneuerbarer Energien, Subventionen seien notwendig, um den Übergang weg von fossilen Brennstoffen zu erzwingen. Jetzt, da die Nachfrage steigt, werden dieselben Subventionen als unerlässlich dargestellt, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Nach dieser Logik gibt es nie einen geeigneten Zeitpunkt, sie zu beenden: Stagnierende Nachfrage erfordert Subventionen für die Dekarbonisierung, steigende Nachfrage hingegen Subventionen für die Sicherstellung der Ressourcenverfügbarkeit. Das ist keine zeitabhängige ökonomische Analyse, sondern eine nicht widerlegbare Verteidigung dauerhafter staatlicher Unterstützung.

Die politischen Entscheidungsträger können bestehende Kernkraft-, Kohle- und Gaskraftwerke, die bereits stillgelegt wurden oder noch sollen, erhalten, Anlagen modernisieren. Die Märkte sollten sich nach Bedarf und Angebot reformieren, um verlässliche Kapazitäten zu schaffen und eine feste Versorgung gewährleisten. Ressourcen sollten ausschließlich auf der Grundlage der Leistung während kritischer Stunden anstatt der Nennkapazität beschafft werden.

Die Behauptung, jedes abgesagte Projekt im Bereich erneuerbarer Energien führe zu einem dauerhaften Mangel, ist genauso haltlos. Bestehende Wärmekraftwerke können weiter betrieben werden, andere Kraftwerke können gebaut werden, und andere Technologien können wirtschaftlich werden. Der Reuters-Artikel geht von keinerlei Alternativen aus und erklärt den Mangel dann für unvermeidlich. *Das ist Lobbyarbeit, keine Prognose.*

Reuters kennzeichnet den Artikel als Kommentar. Dies entschuldigt jedoch nicht das Fehlen einer fundierten Analyse durch Kolumnist Gavin Maguire. Der Beitrag bietet weder eine Analyse der regionalen Kapazitäten noch eine Untersuchung der Leistungsfähigkeit in kritischen Betriebsstunden, kein alternatives Ressourcenportfolio und berücksichtigt weder die

gesamten Subventionen noch die Übertragungs- oder Integrationskosten. Stattdessen reproduziert er die Argumentation der Branche für erneuerbare Energien und stellt fortgesetzte staatliche Eingriffe als wirtschaftliche Notwendigkeit dar.

Wind- und Solarentwickler wollen natürlich, dass die Öffentlichkeit die Nennleistung in Megawatt mit zuverlässiger Versorgung, subventionierte Angebote mit den Gesamtkosten und einen schnellen Ausbau mit technischer Notwendigkeit gleichsetzt. Sie verkaufen Projekte. Reuters sollte anders vorgehen. Die Presse sollte die Behauptungen der Industrie hinterfragen, anstatt sie als wirtschaftliche Selbstverständlichkeit darzustellen.

Die USA stehen vor einem steigenden Strombedarf. Ziel sollte jedoch nicht die Maximierung subventionierter Windkraftanlagen, Solaranlagen, Batteriespeicher oder deren nominalen Megawattzahl sein. Vielmehr sollte ein Portfolio aufgebaut werden, das in der Lage ist, Strom in kritischen Stunden dort zu liefern, wann und wo er benötigt wird, und zwar zu den geringstmöglichen Gesamtkosten für Verbraucher und Steuerzahler.

Reuters verwechselt den politischen Erfolg der Erneuerbare-Energien-Branche mit einer technischen Notwendigkeit. Das kommt den Projektentwicklern zugute. Lesern, die das Stromnetz verstehen wollen, hilft es hingegen nicht.

Lisa Linowes ist Geschäftsführerin und Sprecherin von WindAction , einer anerkannten Informationsquelle zu den Kosten großflächiger erneuerbarer Energien, wo dieser Beitrag kürzlich erschienen ist . Ihre früheren Beiträge auf MasterResource finden Sie hier .

<https://wattsupwiththat.com/2026/07/29/cheap-renewables-reuters-recycles-the-myth/>

Zahlen für Deutschland

Strombedarf

- Grundlast (Mindestbedarf):
 - Liegt bei 40 bis 60 Gigawatt (in tiefen Nachtphasen teils um 30 bis 40 GW).
- Mittellast (Tagesbedarf):
 - Bewegt sich im Bereich zwischen der Grundlast und den Höchstwerten am Tag.
- Spitzenlast (Höchstbedarf):
 - Erreicht Werte von 75 bis über 80 Gigawatt (je nach Jahreszeit und Wochentag auch höher).

<https://www.sfc.com/de/glossar/grundlast/>

Erneuerbare Energien und Speicher – Nennleistung, Abruf nicht planbar

- Photovoltaik: ca. 97–100 GW (starker Ausbau)
- Wind an Land (Onshore): ca. 62–65 GW
- Biomasse: ca. 9,0 GW
- Wind auf See (Offshore): ca. 10,6–11 GW
- Batteriespeicher: ca. 19,9 GW (Puffer, muss erst geladen sein)
- Wasserkraft: ca. 5,9 GW [1, 2, 3, 4, 5]

Von der Nennleistung her, wäre doch der Ausbau der Photovoltaik, mehr als genug für Deutschland!??

Konventionelle Energieträger, Nennleistung abrufbar

- Erdgas: ca. 35,3 GW
- Steinkohle: ca. 15,1 GW
- Braunkohle: ca. 14,8 GW
- Pumpspeicher: ca. 9,9 GW
- Mineralöl: ca. 3,5 GW [1, 2]
- Kernkraft: Null, abgeschaltet und z.T. zerstört

<https://www.agora-energiewende.de/daten-tools>

Medien

Geheim-Plan für wochenlangen Strom-Blackout aufgedeckt

Stand: 30.07.2026, 13:44 Uhr, Von: Bleranda Shabani

München – Laut Informationen von *Business Insider* bereitet sich die Bundesnetzagentur auf den Fall lang anhaltender Stromausfälle vor. Mit einer neuen digitalen Sicherheitsplattform soll im Ernstfall der Stromverbrauch großer Unternehmen gesteuert werden.

<https://www.merkur.de/wirtschaft/strom-blackout-geheim-plan-bundesnetzagentur-zr-94421755.html>

Welt, Abschaltpläne für Industrie

Geheime Planungen – Bundesnetzagentur bereitet Deutschland auf langanhaltende Stromausfälle vor

Von **Daniel Wetzel**, Wirtschaftsredakteur

Die Bundesnetzagentur richtet klammheimlich eine „Sicherheitsplattform Strom“ ein. Großverbraucher müssen sich dort registrieren lassen. Mit dem Instrument reagiert der Bund auf die Gefahr „struktureller Mangellagen“ und langer Blackouts.

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus6a69d78f9069e20393cd9c6c/abschaltplaene-fuer-industrie-geheime-planungen-bundesnetzagentur-bereitet-deutschland-auf-lang-anhaltende-stromausfaelle-vor.html>

Bundesnetzagentur plant Notfallplattform gegen Stromausfälle

◦ **Marie Nemitz, Juli 30, 2026**

Die Bundesnetzagentur bereitet sich auf den Fall vor, dass in Deutschland über einen längeren Zeitraum nicht genügend Strom zur Verfügung steht. Mit der neuen „Sicherheitsplattform Strom“ soll der Verbrauch großer Unternehmen in einer schweren Mangellage gezielt reduziert werden können. Damit will die Bundesnetzagentur großflächige Stromausfälle möglichst verhindern.

<https://ms-aktuell.de/welt/bundesnetzagentur-stromausfaelle/>